

Spanien zwischen Aufbruch und Restauration

Lukas Oberndorfer

Bei den Wahlen im spanischen Staat ist das Scheitern des neoliberalen Entwicklungsmodells und der alten Ordnung auch auf institutioneller Ebene sichtbar geworden: In Form von Podemos sind die sozialen Bewegungen nun auch im Parlament angekommen. Schließt sich die produktive Instabilität durch Restauration oder öffnet sich ein konstituierender Prozess?

Bei den bundesweiten Wahlen im spanischen Staat Ende des letzten Jahres erlebte die konservative Partido Popular (PP), die in den letzten vier Jahren Arbeits- & Grundrechte schliff und tiefe Einschnitte in die soziale Infrastruktur zu verantworten hat, mit einem Verlust von 16 Prozent ein Debakel. Aber auch die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE), die in der Vorgängerregierung den Startschuss für die Kürzungspolitik gab und sich davon bis heute nicht klar distanziert, verlor rund 7 Prozent. Ebenso enttäuschte die „neue“ neoliberale Partei Ciudadanos (C's), welche die spanischen Machteliten zur Rettung der alten Ordnung in Stellung brachten: nur 14 Prozent. Für eine rechte Regierung gibt es keine Mehrheit.

Der erst vor einem Jahr gegründeten linken Partei Podemos gelingt mit rund 21 Prozent ein beachtlicher Erfolg. Die mit dem Platzen der Immobilienblase und der dadurch ausgelösten Krise einsetzende Verallgemeinerung der Widerständigkeit und Selbstorganisation, die ihren Ausgang in den Platzbesetzungen 2011 nahm, ist damit auch in den Institutionen des spanischen Staates angekommen.

Zentral für den Wahlerfolg von Podemos war dabei auch die Erfahrung der linken Städte, der Bürgermeister_innen und Bewegungskandidaturen, welche bei den Kommunalwahlen im Mai in die Rathäuser zentraler Städte einzogen. Ada Colau in Barcelona, Manuela Carmena in Madrid und viele andere beweisen seither, dass eine erfolgreiche Politik für die populären Klassen und vor allem mit ihnen möglich ist. Sie stützen sich dabei auf ein Geflecht aus zivilgesellschaftlich-basisdemokratischen Akteur_innen und die parteiförmige Linke.

Doch wie lässt sich verstehen, dass die erst ein Jahr alte Partei Podemos mit ihrem Wahlergebnis überraschen könnte? Die greifbarsten Erklärungen bieten jene Strategien, für die Podemos nicht nur bekannt ist, sondern die ihr auch die Kritik eingebracht haben, linke Kritik zu verkürzen und damit Gefahr zu laufen, systemkonform eingebunden zu werden (Boos 2015): Der von der Führungsgruppe um Pablo Iglesias konzipierte Wahlkampf wird schon bald dafür analysiert werden, wie mit einer Sprache, die auf die mediale Gegenwart zugeschnitten ist, die bereit ist, komplexe Herrschaftsverhältnisse stark zu vereinfachen und in der Lage ist zu emotionalisieren, beindruckende Wahlergebnisse für die Linke erzielt werden können.

Dabei drohen nicht nur gefährliche Leerstellen dieser Strategie ausgeblendet zu werden, sondern die materiellen und sozialen Grundlage des Erfolges aus dem Blick zu geraten: Gerade die letzten Wochen vor den Wahlen haben gezeigt, was die Kampagne von Podemos trägt: Die tiefe Re-Politisierung der spanischen Gesellschaft, die sich im Anschluss an das Scheitern des ökonomischen Entwicklungsmodelles vollzogen hat.

Mit dem Platzen der Immobilienblase und der dadurch ausgelösten Krise kam es zu einer Verallgemeinerung der Widerständigkeit und Selbstorganisation: Die am 15. Mai 2011 einsetzende Besetzung der Plätze, die Wiedereroberung der Viertel durch Stadtteilversammlungen und die Bewegungen gegen Zwangsräumungen, machistische Gewalt, Privatisierung der Gesundheit und Kürzungen in der Bildung wirkten für breite Massen ermächtigend. Die Vielen lernten sprechen, zivilen Ungehorsam zu leisten, sich demokratisch zu organisieren und kollektiv zu entscheiden.

Vor allem die durch die Bewegung gegen Zwangsräumung einsetzende Politisierung des Wohnraumes, ermächtigte gerade jene, die aufgrund der herrschenden Verhältnisse der Haus-, Pflege- und Familienarbeit zugeordnet werden: Frauen und Migrant_innen (*Colau/Alemany* 2011). Viele derjenigen, die nicht nur für den Erfolg des spanischen Entwicklungsmodells sondern auch dafür wesentlich waren, dass es zu einem gesellschaftlichen Umbruch kam, blieben bei den Wahlen aber davon ausgeschlossen über ihre Repräsentation in den Institutionen zu entscheiden: Wie ganz Europa, verwehrt auch der spanische Staat, den in ihm lebenden 4,8 Millionen Migrant_innen die Mitbestimmung über die gemeinsamen Angelegenheiten.

Es ist die durch den Aufbruch in Spanien erlernte massenhafte Politikfähigkeit, welche die Kampagne von Podemos trug, die ohne Kredite der Banken finanziert wurde und daher auf teure Fernsehspots und Plakatkampagnen verzichtete. Es ist das in diesem gesellschaftlichen Aufbruch hergestellte Begehren nach einem grundsätzlichen Wandel, das die Wahlkampfveranstaltungen zum Überlaufen brachte und die Botschaften in den sozialen Netzwerken verbreitete. Und es ist die Erfahrung, Nein sagen zu können, welche die Erzählung der Eliten bricht, dass der Weg aus der sozialen Krise nur über Kürzungen und Sozialdumping zu erreichen ist.

Gerade weil sie nicht (mehr) über diese Form gesellschaftlicher Verankerung verfügen, ging nicht nur den Altparteien, sondern auch der „neuen“ neoliberalen Partei Ciudadanos (C's), in den letzten Wochen und auf den letzten Metern die Luft aus. Dies obwohl Banken, Kapitalbesitzer und Versicherungen Millionen in das Projekt C's pumpten, um es als unverbrauchte Alternative auch auf der nationalen Ebene zu etablieren. „Wir müssen eine Art Podemos für die Rechten schaffen, denn verdammt, Podemos macht uns schon ein bisschen Angst“, so kommentierte Josep Oliu, Präsident einer der größten Banken Spaniens, diese Strategie vor laufender Kamera.

Die Krise des spanischen Entwicklungsmodells

Der massive gesellschaftliche Aufbruch, der sich in Spanien in den letzten Jahren vollzogen hat und der die Grundlage für den Wahlerfolg der Linken bildet, lässt sich umgekehrt nur vor dem Hintergrund des spanischen Entwicklungsmodells und seiner Krisendynamik verstehen. Die spezifische Verlaufsform der Weltwirtschaftskrise in Spanien, die breite gesellschaftliche Schichten schlagartig traf, brachte andere Chancen der Politisierung mit sich, als beispielsweise der Krisenverlauf in den exportorientierten Ökonomien der EU (wie etwa in Deutschland und Österreich).

Die Wurzeln des spanischen Entwicklungsmodells reichen bis in die Zeit Francos zurück. Die spanische Diktatur setzte bereits ab Ende der 1950er Jahre eine Strategie durch, die sich nicht zuletzt aufgrund ihrer Ausrichtung auf den Immobiliensektor als Neoliberalismus *avant la lettre* beschreiben lässt: Während in den 1950er die Miete noch die Norm war, stieg der Anteil der Wohnungen im Privateigentum bis 1970 auf über 60 Prozent. Der

faschistische Wohnungsminister brachte dies 1957 mit der Formel „Queremos un país de propietarios, no de proletarios – Wir wollen ein Land der Besitzer und nicht der Proletarier“ auf den Punkt (López/Rodríguez 2010: 270).

Und auch nach dem Übergang zur formalen Demokratie setzte die sozialdemokratische Regierung unter Felipe González (1982–1996) weiter auf die „Spezialisierung“ der spanischen Wirtschaft im Bereich von Tourismus, Immobilienentwicklung und Bau. Parallel zur Politik von Thatcher setzte die González-Regierung auf finanzmarktgetriebenes Entwicklungsmodell, dessen Nachfragepool vor allem in einer steigenden Privatverschuldung lag, die durch eine parallel dazu wachsende Preisblase am Wohnungsmarkt möglich wurde.

Gleichzeitig kam es in Verbindung mit dem Beitritt zur EWG 1986 zu De-Industrialisierung und dem Zufluss ausländischen Kapitals. Damit vollzog sich auch in Spanien, die im Wege der EU ermöglichte Verschränkung von exportorientierter und industrieller Entwicklung und Kapitalexport auf der einen Seite und ausgeprägter Finanzialisierung und Import von Kapital auf der anderen Seite (Becker 2012).

Die Einführung des Euro ermöglichte eine weitere Etappe des spanischen Entwicklungsmodells: Die sinkenden Kreditkosten befeuerten den Immobilien- und Tourismussektor und machten Spanien gleichzeitig zum Land mit der höchsten Privatverschuldung des Kontinents.

Gleichzeitig traten neben die stark auf den Bau- und Tourismussektor aufbauenden Kapitalfraktionen neue transnationale Player mit Sitz in Spanien. Sie entstanden durch die EU-forcierte Liberalisierung und Privatisierung des Telekom- und Energiesektors und nützen die durch den IWF verordnete Privatisierungswelle in Lateinamerika für den Ankauf von ehemals öffentlichen Unternehmen zum Schnäppchenpreis. Mit dem Bauboom der 1990er und der gleichzeitigen Re-Kolonialisierung Lateinamerikas durch spanische Konzerne und Banken, entstanden jene Akteure, die im Zuge des Wahlkampfes als zentrale Unterstützer für Ciudadanos auftraten und nun nach dem Scheitern einer rechten Regierungsmehrheit auf eine große Koalition drängen (Campabadal/Miralles 2015).

Unter der konservativen Regierung von Aznar (1996–2004) und der sozialdemokratischen Regierung von Zapatero (2004–2011) kam es unter brutalem Zugriff auf natürliche Ressourcen und durch ein gezieltes Drücken der Lohnquote zu einer weiteren Vertiefung des neoliberalen Entwicklungsmodells: Die Erschließung von neuem Grund durch laxer Regulation und die Steigerung der Immobilien-Preise entwickelte sich zur Staaträson.

Dass dieses Modell durchaus in der Lage war Reichtum und materielle Zugeständnisse zu ermöglichen, wird deutlich, wenn man die Entwicklung bis zur Krise betrachtet: Zwischen 1995 und 2007 kam es zur Schaffung von 7 Millionen neuen Arbeitsplätzen, die Wirtschaft wuchs durchschnittlich um rund 4% und der nominelle Reichtum der Haushalte verdreifachte sich, während der kreditgetriebene Privatkonsum zwischen 2000 und 2007 gar um 7% jährlich anstieg (López/Rodríguez 2011: 8, 12).

Doch die Weltwirtschaftskrise legte die Schwäche des spanischen Entwicklungsmodells schonungslos offen: 2008 waren 1 Million unverkaufte Wohnungen am Markt, die Preise brachen ein und in der Folge gingen reihenweise Baufirmen Konkurs, gleichzeitig sank der Privatkonsum, weil er auf ein weiteres Ansteigen der Immobilienpreise angewiesen war. Schnell griff die Krise auf alle Bereiche der spanischen Wirtschaft aus. Der geringe Kündigungsschutz wirkte als weiterer Beschleuniger, da die Unternehmer auf einen Schlag massiv Arbeitskräfte entließen und als Folge die Nachfrage weiter wegbrach. Der Teufelskreislauf von einbrechenden Wohnungspreisen und wegbrechendem Konsum

brachte die Banken ins Schleudern und machte ein gigantisches Programm zu ihrer Rettung in der Höhe von 200 Milliarden notwendig.

Dem transnationalen neoliberalen Reformbündnis unter Führung der EZB gelang es, nicht zuletzt aufgrund von zunehmenden Refinanzierungsschwierigkeiten des Spanischen Staates ein prozyklisches Programm aus Deregulierung des Arbeitsmarktes und der brutalen Kürzung im Bereich der sozialen und öffentlichen Infrastruktur vorzuschreiben, das autoritär durchgesetzt wurde (Caceres/Oberndorfer 2013). Die Folgen dieser Politik sind bis heute spürbar: 3,8 Millionen Arbeitsplätze gingen seit der Krise verloren, 40% der Jugendlichen sind lohnarbeitslos und 600.000 haben durch Zwangsräumungen ihre Wohnung verloren (Feigl 2015).

Unterspülung der Grundpfeiler des spanischen Staates

Mit dem 2008 ins Wanken geratenen spanischen Akkumulationsregime war eine Regulationsweise artikuliert, die durch die Bewegungen und nach den Wahlen nun auch durch das starke Abschneiden der Linken ins Wanken gekommen ist.

Nach dem Sturz der Diktatur diente die Verfassung von 1978 dem Ziel der Herstellung formaler Demokratie unter gleichzeitiger Absicherung der bisherigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Die zentralen Träger dieses Verfassungsprojektes waren zum einen die ex-franquistischen Konservativen, die aufgrund der Krise der Diktatur (Poulantzas 1977) zwar breit waren, ihre exklusive politische Macht aufzugeben, nicht aber ihre ökonomische. Und zum anderen die PSOE, die aufgrund der Sorge vor dem Machtzugewinn der KP auf die Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“ zählen konnte.

Verfassungsrechtlich stellten die Väter der Konstitution sicher, dass in Kernfragen vieles beim Alten blieb: 1) Die regionalen Autonomiebestrebungen wurden durch einen starken Zentralstaat begrenzt, da sie sich unter dem zentralistischen Franco-Regime zu Unruheherde entwickelt hatten, in der sich die nationale mit der demokratischen Frage auf eine Art und Weise verband, dass sie auch die ökonomischen Verhältnisse zu gefährden drohte. 2) Angesichts der Entwicklungen im Anschluss an die Nelkenrevolution in Portugal 1974, in der es zu weitreichenden Sozialisierungen kam, erfolgte eine Unterbindung der Demokratisierung der Wirtschaft. 3) Die Verfestigung der Zweiparteienherrschaft unter Aufsicht der Krone, sollte die republikanische Traditionslinie, die stark mit der spanischen KP verbunden war, unterbrechen (Rodríguez 2015).

Mit der Krise des spanischen Akkumulationsregimes und seiner spätestens durch die Platzbesetzungen 2011 einsetzenden Politisierung stellten die Bewegungen diese drei Pfeiler des spanischen Staates zunehmend in Frage und forderten einen konstituierenden Prozess: Durch eine radikal-demokratische Debatte der Vielen über die Zukunft des Gemeinsamen sollte das „Vorhängeschloss von 1978“ aufgebrochen werden. Dementsprechend enttäuschend war es, als Pablo Iglesias einige Wochen vor der Wahl von dieser Forderung abging und seitdem nur noch von einer punktuellen Reform der Verfassung spricht.

Die Verfassung richtet sich gegen ihre Väter

Die Verfassung richtete sich bei den Wahlen aber gegen die konstituierte Macht selbst. Um die Großparteien und „Regionalparteien der Mitte“ zu bevorzugen, stellt das durch sie vorgezeichnete Wahlrecht stark auf die Provinzen (circunscripciones) ab: Für den Einzug in das Parlament muss keine bundesweite Mindestschwelle erreicht werden. Dafür

gibt es aber in 85% der Provinzen nur zwischen 1 und 9 Mandate. Um einen dieser Sitze zu erreichen, brauchen die Parteien also in der jeweiligen Provinz zwischen 10% und 50% der Stimmen. Während sich diese Anordnung bisher gegen die Linke richtete, viel diesmal aufgrund des guten Abschneidens selbst in Provinzen mit nur 3 Sitzen zumeist ein Mandat an Podemos.

Darüber hat sich aufgrund der Staatskrise die Option zunehmend aufgelöst, dass die „Regionalparteien der Mitte“ als Mehrheitsbeschaffer für die (ehemaligen) Großparteien fungieren. Am augenfälligsten wird dies, wenn man die seit der Krise einsetzenden politischen Verschiebungen in Katalonien betrachtet: Die aus liberalen und konservativen Kräften zusammengesetzte *Convergència i Unió* (CiU) war historisch eine verlässliche Partnerin zur Erreichung von Regierungsmehrheiten, die im Gegenzug dafür Zugeständnisse für die autonome Gemeinschaft Katalonien erhielt.

Doch die wirtschaftliche und soziale Krise artikulierte sich in Katalonien aber auch in einer Zuspitzung der nationalen Frage. Diese ist weniger als etwa die Unabhängigkeitsbewegung in Norditalien als chauvinistische Absetzbewegung von ärmeren Regionen sondern mehr als Kampf um demokratische Selbstbestimmung zu verstehen, in der die Abgrenzung von einer als falsch verstandenen Wirtschafts- und Sozialpolitik des Zentralstaates eine wichtige Rolle spielt. Die Dynamik dieser Bewegung artikulierte sich nicht zuletzt in der Mobilisierung für den katalanischen Nationalfeiertag (so versammelten sich etwa 2012 je nach Quelle zwischen 600.000 und 2 Millionen Menschen in Barcelona, um für die Unabhängigkeit zu demonstrieren) und führte zu einer Spaltung der CiU.

Jener Teil der diesen Prozess politisch überlebte (*Convergència*) bildet seit den Regionalwahlen im Herbst 2015 einen Teil der katalanischen Regierung, welche einen Unabhängigkeitsprozess eingeleitet hat (Zelik 2016). Die Duldung der im spanischen Kongress vertretenen Mandatare der *Convergència* im Besonderen und der anderen „Regionalparteien der Mitte“ im Allgemeinen, ist daher nur zum Preis eines Unabhängigkeitsreferendums bzw. eines konstituierenden Prozesses zu haben. Eine Perspektive, die mit der durch die Altparteien garantierten Aufrechterhaltung der alten Ordnung als unvereinbar erscheint.

Konstituierender Prozess als Flucht nach vorne?

Die Wahlen haben greifbar gemacht, dass die alte Ordnung, die durch die Verfassung von 1978 abgesichert wird und mit der das bisherige ökonomischen Entwicklungsmodell artikuliert ist, nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht. Podemos gelang es, die sozialen Umbrüche der letzten Jahre in die alten Institutionen zu tragen und sie in eine produktive Instabilität überzuführen.

Eine „linke“ Regierung wäre nur als breites Mosaik zwischen PSOE, Podemos, der *Izquierda Unida* und unter Einschluss einiger „Regionalparteien der Mitte“ denkbar. Da sich die Kräfteverhältnisse im spanischen Staat klar nach links verschoben haben, könnte eine solche Regierung nur mit einem Programm zustande kommen, welches auf eine grundlegende Abkehr von der neoliberalen und zentralistischen Orientierung des spanischen Staates zielt.

Podemos hätte darin eine wichtige regionale und soziale Scharnierfunktion: Denn teils geplant (dafür stehen die äußerst erfolgreichen Regional- und Bewegungsbündnisse in Katalonien, Galicien und Valencia), teils überraschend (ohne ein entsprechendes Bündnis einzugehen, belegte Podemos völlig überraschend den ersten Platz im Baskenland) ist die Partei zur Sprecherin der Autonomiebewegungen in Madrid gewählt worden.

Eine linke Regierung ließe sich daher wohl nur bilden, wenn es ihr gelänge den Stopp

der Kürzungspolitik und ein soziales Notfallprogramm mit der Öffnung des Vorhängeschlosses von 1978 hin zu einem konstituierenden Prozess zu verbinden.

Dazu scheint die Sozialdemokratie nicht bereit zu sein. Viel zu tief ist sie in das bisherige Entwicklungsmodell verstrickt, viel zu stark erscheint die Einbettung in das neoliberale Reformbündnis auf europäischer Ebene. Das wurde nicht zuletzt in den Regierungsverhandlungen deutlich: Nachdem der bisherige konservative Regierungschef Rajoy mangels Optionen vorerst den Regierungsauftrag weiterreichte, verhandelte Pedro Sánchez, der Vorsitzende der PSOE, anstatt an einer linken Regierung zu arbeiten, mit den neoliberalen C's ein Regierungsübereinkommen aus, das alles andere als einen Bruch mit der bisherigen Politik darstellt: So soll etwa die Zerstörung des Arbeitsrechts nicht zurückgenommen sondern verschärft werden. Der Regierungspakt sieht vor, dass Kündigungen weiter vereinfacht werden. Und auch andere Elemente der Kürzungspolitik wurden darin nicht in Frage gestellt, da das Bündnis auf die Duldung der Konservativen angewiesen war. Eine Strategie, die Anfang März scheiterte, da die PP gegen eine Regierungsbildung durch PSOE und C's stimmte.

Dass nun Pedro Sanchez noch einen ersten Anlauf zur Bildung einer Links-Regierung unternimmt, ist eher unwahrscheinlich. Dazu fehlt ihm die Unterstützung der alten Machteliten in der PSOE. Gerade die, durch ihre Kompetenzen im Bereich der Flächenwidmung besonders stark mit dem bisherigen Entwicklungsmodell und dem Bau-, Tourismus- und Bankensektor verstrickten „Regional-Fürsten“ der PSOE haben deutlich Position bezogen: Mit Podemos sei kein Staat zu machen.

Damit werden Neuwahlen immer wahrscheinlicher: Steht bis Anfang Mai keine Regierung, finden diese am 26. Juni statt. Allerdings hätten die ehemaligen Großparteien darin eine schwierige Ausgangslage: Nach den Wahlen ist durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch deutlicher geworden, dass die PP als Organisation tief in die Korruption verstrickt ist, deren systemische Qualität sich nicht zuletzt mit den Spezifika des spanischen Entwicklungsmodells erklären lässt. Die PSOE wiederum hat ihre Basis enttäuscht, da sie entgegen deren Wünschen keine Regierung der Linken anstrebte und stattdessen zentrale Wahlversprechen für ein Bündnis mit den Neoliberalen preisgab.

All dies macht eine große Koalition zwischen PP und PSOE wahrscheinlicher, die im alten Zweiparteiensystem bisher als undenkbar galt. Der Übervater der Sozialdemokratie Felipe González und zwischen den Zeilen auch einige „Regional-Fürsten“ der PSOE werben bereits für eine große Koalition. Die Rolle des Juniorpartners der Konservativen wäre für die PSOE zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit der letzte Schritt in Richtung Abgrund bzw. griechischer PASOK, doch die Absicherung der herrschenden Verhältnisse könnte den alten Machteliten in der PSOE, für die González steht, wichtiger sein als das Überleben ihrer Partei.

Sollte es zu Neuwahlen kommen müsste sich auch die Podemos-Führungsriege um Iglesias schwierigen Fragen stellen. War es ein Fehler, den Antritt im Bündnis mit der traditionellen Linkspartei Izquierda Unida im Sommer zurückzuweisen? Im oben dargestellten Wahlsystem, das starke Parteien begünstigt, hat Podemos – zumindest wahlarithmetisch betrachtet – 16 Mandate liegen gelassen (El Diario 2015). Die stärksten Ergebnisse gab es in jenen Regionen, wo die Parteiführung aufgrund eigener Schwäche gezwungen war, eine Öffnung zuzulassen, wie in den katalanischen, galicischen und valencianischen Bündnis-kandidaturen. Dort gab es eine enge Kooperation mit anderen linken Kräften, vor allem aber ließ man auch ein Element der Unkontrollierbarkeit in Form einer starken Bewegungs-Mobilisierung zu.

Aber ganz unabhängig von etwaigen Wahlen steht Podemos vor der Frage, wie sie sich die Partei gegenüber den Bewegungen und innerer Demokratie positioniert. Das stark top-down orientierte Organisationsmodell, das sich am Gründungsparteitag durchsetzte, mag schnelle taktische Entscheidungen ermöglichen und sich für Medienwahlkämpfe eignen, für eine Strategie zur Überwindung des bisherigen neoliberalen Entwicklungsmodells ist es nicht geeignet. Denn eine grundlegende Umwälzung der Konsum- und Produktionsmuster, die Podemos zumindest programmatisch vertritt, lässt sich nur dann erreichen, wenn die Politisierung der spanischen Gesellschaft *auch* innerhalb der neuen Partei einen Raum zur Selbstbestimmung und –organisation findet.

Die Restauration der alten Ordnung, das hat die europarechtswidrige und autoritäre Niederwerfung des linken Regierungsprojekts in Griechenland anschaulich gezeigt (Oberndorfer 2016), lässt sich nicht allein am Verhandlungstisch erringen. Vielmehr braucht es dazu eine Verbindung zu gesellschaftlicher Mobilisierung und Transformation, die auf die „Ausweitung effektiver Brüche“ (Poulantzas 2002, 287) sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zielt.

Literatur

- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU; in: Prokla, 42(3), 467–476.
- Boos, Tobias (2015) Linker Populismus – Keine Antwort aber eine ketzerische Frage; in: <http://mosaik-blog.at/debatte-iii-linker-populismus-keine-antwort-aber-eine-ketzerische-frage/>, abgerufen am 08.04.2016.
- Caceres, Imayna/Oberndorfer, Lukas (2013) Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der politischen Freiheiten? – Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus; in: *juridikum* 4/2013, 453–463.
- Campabadal, Pep/Miralles, Francesc (2015) *De Ciutadans a Ciudadanos. La otra cara del neoliberalismo*, Barcelona.
- Colau, Ada/Aleman, Adrià (2011) *Vidas hipotecadas – De la burbuja inmobiliaria al derecho a la vivienda*; Barcelona.
- El Diario (2015) Así quedaría el Congreso si Podemos, las confluencias e IU hubieran ido juntos; in: http://www.eldiario.es/politica/GRAFICO-Congreso-Podemos-confluencias-IU_0_464754323.html, abgerufen am 08.04.2016.
- Feigl, Georg (2015) Das Märchen der erfolgreichen Sparpolitik; in: Freitag vom 27.11.2015, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-maerchen-der-erfolgreichen-sparpolitik>, abgerufen am 08.04.2016.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2010) *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959–2010)*, Madrid.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2011) The Spanish Model; in: *New Left Review* 69, 5–28.
- Oberndorfer, Lukas (2016, i.E.) Die Krise der Demokratie als Terrain sozialer Kämpfe – Der Autoritäre Wettbewerbsetatismus und das linke Regierungsprojektes in Griechenland. In: Boos, Tobias/Hanna Lichtenberger/Armin Puller (Hg.) *Mit Poulantzas arbeiten*, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (1977) *Die Krise der Diktaturen Portugal, Griechenland, Spanien*, Frankfurt M.
- Poulantzas, Nicos (2002) *Staatstheorie*, Hamburg.
- Rodríguez López, Emmanuel (2015) *Por qué fracasó la democracia en España. La Transición y el régimen de '78*. Madrid: Traficantes de Sueños.
- Zelik Raul (2015) „Wird Katalonien unabhängig? Warum die antikapitalistische CUP eine sozialliberale Regierung tolerieren“; in: <http://www.raulzelik.net/baskenland-texte/474-wird-katalonien-unabhaengig-warum-die-antikapitalistische-cup-eine-sozialliberale-regierung-tolerieren-rls-standpunkte-20-1-2015>, abgerufen am 08.04.2016.